

Haushaltssatzung der Stadt Lychen für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund des § 67 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg wird nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.04.2014 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

1. im Ergebnishaushalt mit dem Gesamtbetrag der

ordentlichen Erträge auf	4.981.500 Euro
ordentlichen Aufwendungen auf	4.974.200 Euro
außerordentlichen Erträge auf	135.900 Euro
außerordentlichen Aufwendungen auf	107.300 Euro

2. im Finanzhaushalt mit dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen auf	5.745.400 Euro
Auszahlungen auf	5.606.300 Euro

festgesetzt.

Von den Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushaltes entfallen auf:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.301.100 Euro
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.190.000 Euro
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.444.300 Euro
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.291.900 Euro
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	0 Euro
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	124.400 Euro
Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0 Euro
Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 0 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Investitionsauszahlungen und Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Haushaltsjahren wird auf 0 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze für die Realsteuern, die in einer gesonderten Satzung festgesetzt worden sind, betragen:

1. Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 299 v. H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 393 v. H.
2. Gewerbesteuer 324 v. H.

§ 5

1. Die Wertgrenze, ab der außerordentliche Erträge und Aufwendungen als für die Stadt von wesentlicher Bedeutung angesehen werden, wird auf 50.000 Euro festgesetzt.
2. Die Wertgrenze für die insgesamt erforderlichen Auszahlungen, ab der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Finanzhaushalt einzeln darzustellen sind, wird auf 250.000 Euro festgesetzt.
3. Die Wertgrenze, ab der überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen der vorherigen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bedürfen, wird in folgender Höhe festgesetzt:
 - a) bei Personalaufwendungen und -auszahlungen, wenn sie einen Betrag von 15.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto übersteigen,
 - b) bei Versorgungsaufwendungen und -auszahlungen, wenn sie einen Betrag von 2.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto übersteigen,
 - c) bei Aufwendungen und Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen, wenn sie einen Betrag von 15.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto überschreiten,
 - d) bei bilanziellen Abschreibungen, wenn sie einen Betrag von 50.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto übersteigen,
 - e) bei Transferaufwendungen und -auszahlungen, wenn sie einen Betrag von 15.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto übersteigen,
 - f) bei sonstigen ordentlichen Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie einen Betrag von 10.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto übersteigen,
 - g) bei Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen und -auszahlungen, wenn sie einen Betrag von 5.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto übersteigen,

- h) bei Investitionsauszahlungen, wenn sie einen Betrag von 25.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto übersteigen,
- i) bei Investitionsförderungsauszahlungen, wenn sie einen Betrag von 5.000 Euro bei dem jeweiligen Buchungskonto übersteigen,
- j) bei Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit, wenn sie 5.000 Euro übersteigen.

Sollten die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen auf gesetzlichen oder tariflichen Grundlagen beruhen, werden die Beträge verdoppelt.

4. Die Wertgrenzen, ab der eine Nachtragssatzung zu erlassen ist, werden:
- a) bei der Entstehung eines Fehlbetrages ab 250.000 € und
 - b) bei bisher nicht veranschlagten oder zusätzlichen Einzelaufwendungen oder Einzelauszahlungen auf 100.000 €

festgesetzt.

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2020 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

Lychen, den

Klemckow
Bürgermeister